

träge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen gegenüber verantwortlich. Allein dieser Artikel beweist, daß das Volk von der Ausübung der Staatsgewalt ausgeschlossen ist, daß der Volkswille mißachtet wird. Hier zeigt sich auch die ganze Illusion der soviel gepriesenen Demokratie und Freiheit. Mit dem Einwurf des Stimmzettels, so sagt man dem westdeutschen Wähler, übe er die Staatsgewalt aus. Er, der vor den Wahlen so viel umworbene und hinterher völlig unbeachtete Bürger, soll glauben, daß er mit seiner Stimme den guten Versprechungen der Wahlredner Kraft und Wirkung verleiht — aber er muß dann erleben, daß sein „Volksvertreter“ ja gar nicht an seine Versprechungen gebunden, sondern — und das gesetzlich festgelegt! — allein seinem „Gewissen“ verantwortlich ist.

Wie das in der Praxis aussieht, dafür einige Beispiele: Die Redner der CDU machten 1953 den Wählern den Mund wäbrig, indem sie versprachen, den Lebensstandard für alle zu erhöhen. Die Wirklichkeit aber zeigt steigende Profite für die Konzerne und steigende Preise für die Verbraucher. Allein die westdeutschen Kohlenbarone erzielten 1955 aus der Ausbeutung der Bergarbeiter einen Mehrwert von 1810 Millionen DM. Die Verbraucherpreise dagegen stiegen von 1950 bis 1956 unter anderem bei Brot um 49 Prozent, bei Schweinefleisch um 32 Prozent, bei Mieten um 18 Prozent, und bei Kohlen um 56 Prozent. Adenauer gelobte vor vier Jahren, die bäuerlichen Familienbetriebe zu festigen. In der Zwischenzeit aber sind 104 170 Familienbetriebe in der Landwirtschaft ruiniert worden.

Die CDU beteuerte, sie wolle den wissenschaftlichen Nachwuchs wirtschaftlich sichern. Die Wirklichkeit: 85 Prozent der Studenten sind ohne Stipendium; 8 000 bis 10 000 Ärzte haben entweder keine oder eine nicht ausreichende Existenzgrundlage.

Im Wahlprogramm der CDU von 1953 wird die Freiheit der Persönlichkeit und der Organisationen proklamiert. Die KPD und fortschrittliche Organisationen aber wurden verboten, die Patrioten werden terrorisiert. Viele westdeutsche Bürger gaben Adenauer ihre Stimme, weil er als oberstes Ziel die Wiedervereinigung

Deutschlands bezeichnete. Doch die zahlreichen Vorschläge der Regierung der DDR und der Sowjetunion, die die Voraussetzungen zur Lösung dieser Frage schaffen, wurden von ihm und seinen Trabanten brüsk zurückgewiesen. Die Bonner Regierung betreibt eine Politik der atomaren Aufrüstung und der offenen Revanche gegen die sozialistischen Länder, eine Politik, die einer friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands immer mehr entgegenwirkt.

Wie würden die Bundestagsabgeordneten heute dastehen, wenn auch sie gesetzlich verpflichtet wären, vor ihren Wählern Rechenschaft abzulegen? Ist es also nicht Volksbetrug, wenn der bürgerliche Parlamentarier von Wahl zu Wahl tut und läßt, was er will, wenn er nur seinem „Gewissen“ gegenüber verantwortlich ist?

Die Monopole und das „Gewissen“ der Parlamentarier

Im Bonner Grundgesetz heißt es im Artikel 20: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Fast 25 Millionen Arbeiter gibt es in Westdeutschland, das sind mehr als 45 Prozent der Gesamtbevölkerung. Im Bundestag sind aber von 509 Abgeordneten lediglich acht Arbeiter, das sind nur 1,57 Prozent der Mandate. Die Handwerker haben nur sechs Mandate und die Mittelbauern nur eines inne. Die Landarbeiter (3,4 Prozent der Gesamtbevölkerung) sind überhaupt nicht vertreten. Die Staatsgewalt geht dort also nicht vom Volke aus, denn die Arbeiter bilden ja den größten Teil der Bevölkerung. Die Staatsgewalt geht in Westdeutschland (man ziehe einen Vergleich zur DDR!) — und es kann in einem bürgerlichen Staat auch gar nicht anders sein — von denen aus, die eben die ökonomische Macht besitzen, von den 150 Multimillionären, die die Wirtschaft und somit die Parlamente und die Regierungen «beherrschen».

Die Konzerne haben nachweisbar allein 83 offizielle Vertreter im Bundestag sitzen. Den Hauptanteil stellt die CDU-Fraktion mit 54 Konzernbeauftragten. So vertritt Adenauer allein 15 Konzerngesellschaften, u. a. die Deutsche Bank, die AEG, Siemens, die Junkers Flugzeug- und Motorenwerke. Der „Volksvertreter“ Pferdenges wahrt z. B. die Interessen der Thyssen-Hütte AG, des Mannesmann-